

Beschluss (vorläufig) Kurs Zukunft – sozial gerecht aus der fossilen Abhängigkeit

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 29.11.2025

Tagesordnungspunkt: E Klima & Energie

Antragstext

1 Klimaschutz ist nicht weniger als ein Versprechen an unsere Kinder und Enkel, in
2 einer Welt aufzuwachsen, in der man saubere Luft atmen und intakte Natur erleben
3 kann – saubere und klare Bäche, gesunde Wälder und humusreiche Böden. In der die
4 Versorgung mit Energie, Trinkwasser und Lebensmitteln sicher und das Leben
5 bezahlbar ist. In der fossile Konzerne ihre Profite nicht auf Kosten der
6 nachfolgenden Generationen generieren. In der alle gut leben und arbeiten
7 können. In der Landwirtschaft im Einklang mit Natur und Tieren betrieben wird
8 und uns auch in Zukunft mit guten Ernten ernähren kann. Klimaschutz ist die
9 direkte Konsequenz aus dem Wissen, dass wir nur eine Erde haben – und diese von
10 unseren Kindern nur geborgt ist.

11 Er ist gleichzeitig die Antwort auf die Sorgen, die viele Menschen in diesem
12 Land umtreiben: Kann ich meine Heizrechnung auch kommendes Jahr noch bezahlen?
13 Kann ich darauf bauen, meinen Industriejob auch in fünf Jahren noch zu haben?
14 Ist mein Haus sicher vor Überschwemmungen?

15 Konsequenter Klimaschutz ist damit die zentrale Aufgabe unserer Zeit.
16 Klimaschutz entscheidet über wirtschaftliche Stärke, soziale Sicherheit,
17 körperliche wie seelische Gesundheit, internationale Sicherheit und Stabilität
18 sowie über den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Klimaschutz ist Menschenschutz
19 und muss zugleich zentraler Bestandteil einer umfassenden Sicherheitspolitik
20 werden. Wer meint, Klimaschutz sei Nischenthema und Schönwetterpolitik, wer
21 Klimaschutz jetzt ausbremst, verspielt nicht nur ökologische Ziele, sondern
22 gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Zukunftsfähigkeit unseres
23 Landes und nicht zuletzt unsere Sicherheit und unseren Frieden. Klimapolitik,
24 die sich sozial gerecht gezielt zu Gunsten von einkommensschwachen Haushalten,
25 vulnerablen Gruppen oder besonders betroffenen Regionen einsetzt, hilft zudem
26 Ungleichheit zu verringern.

27 Die ökologischen Krisen verschärfen sich dramatisch – von der Erderhitzung bis
28 zum Artensterben, verursacht durch Raubbau an Böden, Wäldern und Meeren.
29 Zugleich wird in Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen einmal mehr
30 deutlich, wie abhängig wir von Gas und Öl aus autokratischen Staaten sind – eine
31 Abhängigkeit, die wir nur durch konsequente Klimapolitik beenden können.
32 Gleichzeitig verschärfen unsere Wirtschaftsweise und fortgeführte koloniale
33 Kontinuitäten die Ausbeutung des globalen Südens, sodass wir hier eine besondere
34 Verantwortung haben. In dieser Lage entscheidet konsequentes Handeln darüber, ob
35 Deutschland und Europa gestärkt aus den Krisen hervorgehen – oder an ihnen
36 scheitern.

37 In den vergangenen mehr als 45 Jahren haben wir gezeigt, dass entschlossene
38 Politik wirkt – aus der Opposition heraus genauso wie in
39 Regierungsverantwortung. Als wir vor 25 Jahren das Erneuerbare-Energien-Gesetz
40 auf den Weg gebracht haben, war damit die Hoffnung verbunden, eine weltweite

41 Energie-Revolution zu starten. Und was ist passiert? Unsere optimistischsten
42 Annahmen wurden übererfüllt. Wir generieren nicht nur in Deutschland schon heute
43 mehr als die Hälfte des Stroms aus Erneuerbaren – 2025 war auch das erste Jahr,
44 in dem global mehr Strom aus Wind und Sonne als aus Kohle gewonnen wurde. Das
45 ist ein riesiger Erfolg, auf den wir stolz sind. Der von uns begonnene Weg der
46 Förderung der Erneuerbaren war und ist Exportschlager. Zugleich müssen wir den
47 Weg des Einsparens und der effizienteren Verwendung von Energie und Ressourcen,
48 den wir mit dem Energieeffizienzgesetz und den Energieeinsparverordnungen von
49 2022 begonnen haben, entschlossen weitergehen. Denn um das Klima zu schützen und
50 die planetaren Grenzen einzuhalten, muss der Verbrauch an Ressourcen und Energie
51 insgesamt sinken.

52 Gerade in der letzten Bundesregierung haben wir zentrale Weichen gestellt, damit
53 Deutschland seine Klimaziele erreicht: Wir haben den Ausbau der Erneuerbaren und
54 der Netzinfrastruktur massiv beschleunigt, das Miet- und Wohneigentumsrecht ins
55 solare Zeitalter gebracht, den Kohleausstieg konkretisiert, den Europäischen
56 Green Deal mit auf den Weg gebracht, neue Instrumente wie Klimaschutzverträge
57 zum Umbau der Industrie etabliert und mit dem Aktionsprogramm Natürlicher
58 Klimaschutz das bislang größte Programm für die Renaturierung von Mooren und
59 Gewässern, die Wiederherstellung von Grünzügen und den Umbau von Wäldern
60 geschaffen. Wir haben eine historisch einmalige Energiekrise nach Putins
61 Angriffskrieg in der Ukraine bewältigt und zugleich gezeigt, wie der Weg hin zu
62 mehr Klimaschutz konkret umsetzbar ist – auch gegen erhebliche Widerstände. Das
63 war nicht immer einfach – und sicherlich wurden dabei auch Fehler gemacht. Das
64 Gute: Deutschland war auf Kurs, das 2030-Klimziel zu erreichen. Diese Bilanz
65 zeigt: Politik macht einen Unterschied – und wir sind der Erderhitzung nicht
66 ohnmächtig ausgeliefert.

67 Die schwarz-rote Bundesregierung droht all diese Erfolge zu verspielen. Sie
68 erkennt ökologische Transformation nicht als strategische Aufgabe, sondern
69 behandelt sie wie eine Störung des Status quo. Während andere Staaten vorangehen
70 und die klimafreundliche Modernisierung ihres Wirtschaftssystems konsequent
71 voranbringen, riskiert die Bundesregierung, den Wirtschaftsstandort Deutschland
72 vom wesentlichen Innovationstreiber der nächsten Jahrzehnte abzukoppeln.
73 Klimaziele werden europäisch wie national infrage gestellt, soziale Spaltungen
74 vertieft, europäische Einigung geschwächt. Statt in eine klimafreundliche
75 Wirtschaft zu investieren, will diese Bundesregierung fragwürdige internationale
76 CO₂-Zertifikate zukaufen und damit unnötig Steuergeld verschwenden. Und die
77 Bundesregierung macht einen weiteren schweren Fehler: Den steigenden Strombedarf
78 durch Digitalisierung, künstlicher Intelligenz, Wärmepumpen oder Elektroautos
79 rechnet sie aus ideologischen Gründen herunter, um nicht stärker auf den
80 verstärkten Ausbau von Solar- und Windenergie setzen zu müssen. Blockade und
81 Verantwortungslosigkeit prägen diese Politik im Rückwärtsgang.

82 Zehn Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen braucht es ein starkes politisches und
83 wirtschaftliches Signal für internationale Zusammenarbeit. Trotzdem hat die
84 Regierung Merz dafür gesorgt, dass Europa mit einem völlig unzureichenden
85 Klimziel zur diesjährigen Weltklimakonferenz fährt. Sie gefährdet den
86 Grundkonsens des internationalen Klimaprozesses, dass Industrieländer vorangehen
87 müssen. Im Verbund mit Rechtspopulisten und der fossilen Lobby schickt sie sich
88 an, die gesamte europäische Klimaarchitektur zu Fall zu bringen, den Green Deal.
89 Dieser enthält die wichtigsten Instrumente, um die soziale und wirtschaftliche
90 Zukunft unseres Kontinents zu gestalten und damit die europäischen Klimaziele zu

91 erreichen. Dazu zählt auch das System der CO₂-Flottengrenzwerte mit dem
92 sogenannten Verbrenner-Aus für Autos ab 2035 und das europäische
93 Emissionshandelssystem ETS 1 und ETS 2, das die Emissionen in Europa effektiv
94 begrenzt. Die Bundesregierung – insbesondere die Union – führt die letzten von
95 ihr noch propagierten Klimaschutzinstrumente ad absurdum, indem sie die
96 Verschiebung des ETS 2 in der EU um ein Jahr mitbeschlossen haben. Dabei war es
97 Friedrich Merz, der den marktbasierteren Emissionshandel als sein Leitinstrument
98 für Klimaschutz bezeichnet hat; nun wird dieser als allererstes von seiner
99 Bundesregierung geschliffen.

100 Hinter dieser Politik stehen nicht nur Ignoranz oder das „Prinzip Hoffnung“,
101 sondern auch organisierte Interessen. Die, deren Macht auf der Ausbeutung
102 fossiler Energien beruht, rückwärtsgewandte Teile der Industrie, fossile
103 Energiekonzerne, reaktionäre Thinktanks und rechtspopulistische Kräfte verfolgen
104 ein gemeinsames Ziel: Sie wollen die ökologische Modernisierung unseres Landes
105 aufhalten, um ihre fossilen Geschäftsmodelle und ihren Einfluss zu schützen.
106 Anti-Klima-Mobilisierung ist kein deutsches Einzelphänomen. Sie ist Teil des
107 politischen Werkzeugkastens autoritärer und rechtspopulistischer Bewegungen –
108 von Donald Trump bis Viktor Orbán. Ökologische Politik ist immer auch eine Frage
109 politischer Auseinandersetzung darum, wer wir als Gesellschaft sein, was wir
110 unseren Kindern und Enkeln hinterlassen wollen: eine intakte Umwelt, die ihnen
111 die Chance gibt, sich zu verwirklichen und in Wohlstand zu leben, oder eine
112 Welt, in der einige wenige sich auf Kosten der Lebenschancen der Menschen und
113 des Planeten bereichert haben.

114 Diese Auseinandersetzung ist nicht entschieden, und es lohnt sich, zu kämpfen –
115 gegen eine fossile Lobby macht, die eine teure Politik des Nichtstuns oder gar
116 des Rückschritts als zukunftsweisend verkauft.

117 Der ökologische Rollback der Regierung Merz bleibt nicht unbeantwortet. Überall
118 im Land formieren sich neue Allianzen: bei neuen Gasbohrprojekten bei Borkum, in
119 Oberbayern oder vor den Stränden Mecklenburg-Vorpommerns; bei den Menschen, die
120 sich vor den Kosten der unkalkulierbaren fossilen Abhängigkeit schützen wollen;
121 bei Städten und Gemeinden, die auf Windenergie und Solarprojekte setzen und
122 damit an vielen Stellen zur Sanierung ihrer Haushalte beitragen. Die eine
123 moderne kommunale Wärmeplanung vorantreiben und dafür klare Rahmenbedingungen
124 und weiterhin die finanzielle Unterstützung des Bundes brauchen. Und nicht
125 zuletzt in den vielen Unternehmen, die mit Wissen und Know-how nachhaltige
126 Geschäftsmodelle vorantreiben.

127 Denn es gibt eine andere Wirklichkeit – insbesondere in der Wirtschaft. Überall
128 in Deutschland investieren und entwickeln Marktführer, mittelständische
129 Unternehmen, Hidden Champions und Start-ups in klimaneutrale und
130 ressourcenschonende Technologien, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige
131 Geschäftsmodelle. Sie schaffen Jobs und eröffnen Chancen. Sie zeigen, dass
132 wirtschaftlicher Erfolg und ökologische Verantwortung zusammengehören – und dass
133 aus Klimaschutz wirtschaftliche Stärke werden kann. An ihrer Seite stehen wir:
134 für eine Politik, die ökologische Innovation fördert, statt fossile
135 Geschäftsmodelle zu verlängern. Wir wollen, dass Deutschland diese starke
136 Position ausbaut und zum weltweiten Leitmarkt für Green Tech wird. Unser Ziel
137 ist eine Wirtschaft, die unabhängig von fossilen Energien, ressourcenschonend
138 und international wettbewerbsfähig ist – als Teil einer ökologischen Moderne.

139 Es lohnt sich, gerade jetzt für ambitionierte ökologische Politik einzustehen.
140 Die Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist kein Selbstläufer, der
141 Kampf um unsere Zukunft aber auch noch nicht verloren. Jedes Zehntel Grad, das
142 wir an Erderhitzung verhindern können, rettet Lebenschancen. Jedes Zehntel Grad
143 entscheidet über die Freiheitsrechte unserer Kinder. Jedes Zehntel Grad ist ein
144 Antrieb für uns, uns zu engagieren. Und wir haben beim Zukunftentscheid in
145 Hamburg gesehen, dass ambitionierte Klimapolitik weiter Mehrheiten mobilisiert –
146 und Menschen bereit und motiviert sind, für eine gute Zukunft auf die Straße und
147 ins Wahllokal zu gehen. Dieser Erfolg bestärkt und motiviert uns. Wir sehen es
148 als unsere Aufgabe, diesen Aufbruch in die ländlichen Räume zu tragen – auch als
149 politisches Gegengewicht zu klimaleugnenden rechten oder konservativen Kräften.
150 Klimaschutz geht alle an – überall.

151 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Teil eines breiten Bündnisses für Fortschritt und
152 Klimaschutz. Gemeinsam stellen wir uns der Rückschrittspolitik der
153 Bundesregierung entgegen. Wenn Klimaschutz sabotiert wird, findet das unseren
154 Widerspruch und unseren Widerstand – im Parlament und auf der Straße, im
155 Schulterschluss mit Verbündeten in Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Wir stellen
156 einer solchen Politik einen klaren Plan entgegen: soziale, gerechte ökologische
157 Politik, öffentliche und private Investitionen in Zukunftsbranchen,
158 Unterstützung und Befreiung von bürokratischen Fesseln für die Modernisierung
159 der Wirtschaft.

160 Unsere Leitidee: Klimaschutz, wirtschaftliche Modernisierung, sozialer
161 Zusammenhalt, Sicherheit und Freiheit gehören zusammen. Wer Klimaziele erreichen
162 will, muss sie gerecht gestalten. Wer Wohlstand sichern will, muss in
163 Zukunftsbranchen investieren, Innovation erleichtern und soziale Ungleichheit
164 verringern. Wer in Europa bestehen will, darf nicht spalten, sondern muss aktiv
165 mitgestalten. Unser erweiterter, integrierter Sicherheitsbegriff umfasst äußere,
166 innere und klimabedingte Sicherheitsrisiken und stellt das menschliche Wohl in
167 den Mittelpunkt.

168 Die Bundesregierung muss den Europäischen Green Deal mit seinen Gesetzen sowie
169 die europäischen Klimaziele aktiv verteidigen und nachhaltig voranbringen, dabei
170 ihr Gewicht nutzen, um Europa zusammenzuhalten. Sie muss sich jedem Versuch
171 entgegenstellen, Emissionsreduktionen oder sektorale Ziele – etwa in der
172 Automobilindustrie – zurückzudrehen. Klare, verlässliche Rahmenbedingungen sind
173 gerade jetzt entscheidend, um Investitionen auszulösen und die Modernisierung
174 der europäischen Wirtschaft voranzubringen. Der Staat kann als Ankerkunde für
175 grüne Produkte Leitmärkte schaffen und gleichzeitig durch Forschungsförderung
176 und regulatorische Erleichterung private Investitionen anreizen und Hürden für
177 Innovation abbauen.

178 Als zentraler Hebel für die effektive Reduktion klimaschädlicher Emissionen hat
179 sich der Europäische Emissionszertifikatehandel ETS bewiesen. Denn die Ausgabe
180 von Emissionszertifikaten begrenzt die CO₂-Emissionen zielsicher und verbindlich
181 in ganz Europa. Das ist besonders im deutschen Interesse, da wir ohnehin
182 verfassungsrechtlich zu strengem Klimaschutz verpflichtet sind. Der ETS 1 für
183 Industrie und Kraftwerke muss auf seinem Pfad bleiben, um seine volle
184 Steuerungswirkung auch weiter zu entfalten. Damit der Grenzausgleichsmechanismus
185 CBAM wirksam eine Produktionsverlagerung in Drittstaaten außerhalb der EU
186 vermeidet, muss der CBAM nachjustiert werden und Regelungslücken, etwa bei
187 importierten Brennstoffen oder nicht erfassten Produkten, geschlossen werden. In

188 den Sektoren, die im Zertifikatehandel erfasst sind, sind die Erfolge sichtbar:
189 Hier sind die Emissionen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zurückgegangen.

190 In der Energiewirtschaft hat der Emissionshandel den Umstieg von der Kohle hin
191 zu Erneuerbaren bewirkt, in der Industrie Modernisierung und Forschung an
192 emissionsarmen Produktionsprozessen beschleunigt. Es ist richtig und notwendig,
193 dass die Sektoren Verkehr und Gebäude mit dem ETS 2 ebenfalls Teil dieser
194 verbindlichen Klimaschutzarchitektur werden – sie sind bislang nicht auf dem
195 richtigen Pfad.

196 Allerdings darf hier der CO₂-Preis nicht zum einzigen Instrument der
197 Treibhausgasminderung werden. Denn die CO₂-Vermeidungskosten liegen bei Gebäuden
198 und Verkehr viel höher als etwa im Bereich der Kraftwerke. Vielmehr ist
199 entscheidend, dass die Transformation im Bereich Gebäude und Verkehr auch ohne
200 hohe CO₂-Preise erfolgreich wird. Wir wollen daher die Verbindlichkeit des ETS
201 auch durch ordnungsrechtliche Maßnahmen begleitet wird, welche die Nachfrage
202 nach CO₂-Emissionszertifikaten in diesen Sektoren in Deutschland senken. Als
203 größter Emittent in der EU trägt Deutschland eine besondere Verantwortung, weil
204 das Ausbleiben der flankierenden ordnungsrechtlichen Maßnahmen zur Reduktion der
205 Emissionen den CO₂-Preis auch für andere EU-Länder steigen lässt. Bezahlbares
206 Wohnen und günstige Mobilität sind zugleich eine Frage der sozialen
207 Gerechtigkeit und entscheidend für die Akzeptanz von Klimaschutz. Darum müssen
208 alle Möglichkeiten durch Mehreinnahmen aus dem ETS, aus dem Sondervermögen oder
209 KTF genutzt werden, um preissenkende Investitionen zu beschleunigen und ein
210 sozial gerechtes Klimageld umzusetzen.

211 Daher setzen wir uns ein für einen intelligenten Instrumentenmix aus
212 Preisanreizen, gezielter Förderung von Umbau und Modernisierung und klaren
213 ordnungsrechtlichen Vorgaben. An diesem Instrumentenmix halten wir fest und
214 sorgen dadurch für bezahlbare Energie und verlässliche Förderung klimaneutraler
215 Wirtschaftssektoren. Friedrich Merz hingegen ist unehrlich: Zum einen will er
216 Klimaschutz allein über den Preis regeln – das ist sozial ungerecht und wird
217 dazu führen, dass die Akzeptanz für ausreichend ambitionierte Politik verloren
218 geht. Zum anderen greift er dann die Preise an, sodass am Ende nur die Option
219 bleibt, den Emissionshandel zu schwächen. Wer Emissionshandel als alleiniges
220 Steuerungsinstrument will, will nicht, dass er bleibt.

221 Klimaschutz sozial gerecht gestalten

222 Eine um mehrere Grad Celsius erhitzte Welt bedeutet: weniger Gerechtigkeit,
223 weniger Freiheit, weniger Chancen für uns und unsere Kinder – und mehr und
224 brutrale Konflikte. Klimaschutz ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage unserer
225 Zeit.

226
227 Klimaschutz ist Generationengerechtigkeit, globale Gerechtigkeit, soziale
228 Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit zugleich. Wer wenig hat, hat auch
229 weniger Chancen, sich an die Erderhitzung anzupassen – während Reiche
230 Hauptverursacher der Klimakrise sind und sich oft von den Folgen freikaufen
231 können. Nichtstun verschärft Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und Konflikte.
232 Das reichste Prozent global, wie in Deutschland verursacht die größten Schäden.

233 Superyachten, private Golfplätze oder Privatjets sind Gift fürs Klima und bieten
234 keinen gesellschaftlichen Mehrwert. Alleine die Superreichen, das reichste eine
235 Prozent der Weltbevölkerung, verursachen so viele Treibhausgasemissionen wie die
236 unteren 65 Prozent. Wer das Klima schützen will, muss sich deshalb auch für eine
237 gerechte Vermögensverteilung einsetzen.

238 Klimagerechtigkeit hört nicht bei uns in Deutschland auf, sondern sie fängt hier
239 an: Durch unsere Abhängigkeit von fossilen Energien leiden die Menschen in den
240 Lieferketten unter schweren gesundheitlichen Problemen und
241 Menschenrechtsverletzungen. Um das zu beenden, müssen hohe Standards entlang der
242 Lieferketten verbindlich werden.

243 Klimaschutz kann gelingen, wenn die infrastrukturellen Rahmenbedingungen
244 individuelle Entscheidungen für eine klimafreundliche Lebensweise ermöglichen.
245 Er wird aber nur dann breite gesellschaftliche Akzeptanz erfahren, wenn er
246 gerecht gestaltet wird, wenn es sich alle leisten können und etwas davon haben.
247 Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn viele Technologien, die mittel- und
248 langfristig deutliche Einsparungen und ein Mehr an Lebensqualität bringen, sind
249 bei der Anschaffung teuer – nicht jede*r kann sie sich leisten und ist in der
250 Zwischenzeit mit steigenden Energiepreisen konfrontiert.

251 Das verlangt entschiedenes Handeln jetzt. Doch die Bundesregierung tut nichts
252 dafür – im Gegenteil: Sie schiebt den Klimaschutz auf die lange Bank, und das
253 Klimageld gleich mit. So lässt sie die Menschen mit den Folgen der Klimakrise,
254 aber auch mit ihrer Bewältigung allein. Sie gefährdet mit diesem Kurs nicht nur
255 den Erfolg des ETS 2, sie untergräbt auch das Vertrauen in die ökologische
256 Transformation insgesamt. Anstatt soziale Sicherheit zum Rückgrat ambitionierter
257 Klimapolitik zu machen, lässt sie Haushalte mit niedrigen und mittleren
258 Einkommen allein und spielt so den Gegner*innen konsequenter Klimaschutzes in
259 die Hände. Dabei ist eine sozialverträgliche Gestaltung von Wirtschaft,
260 Verwaltung und Infrastrukturen jetzt das dringende Gebot der Stunde.

261 Auch beim Klimaschutz im Verkehr organisiert die Bundesregierung eine Politik
262 der Rückschritte, indem sie wieder mehr Mittel für den Straßenneubau
263 bereitstellt, das Deutschlandticket verteuernt, den Flugverkehr künstlich
264 subventioniert und die Pendlerpauschale erhöht. Die Verkehrswende gelingt nur
265 mit klaren Prioritäten. Wir GRÜNE wollen Mobilität gerechter, klimafreundlicher
266 und effizienter organisieren. Dazu gilt es, ÖPNV-Angebote in Stadt und Land
267 auszubauen und dauerhaft finanziell abzusichern, Takte zu verdichten und mehr
268 On-Demand-Verkehre einzurichten, stillgelegte Bahnstrecken zu reaktivieren und
269 Neubaugebiete an der ÖPNV-Erreichbarkeit zu orientieren. Zudem wollen wir neue
270 Finanzierungsquellen für den öffentlichen Nahverkehr wie eine
271 Beitragsfinanzierung erschließen. Statt die Pendlerpauschale weiter anzuheben,
272 was vor allem hohen Einkommen zugutekommen würde und lange Arbeitswege anreizt,
273 wollen wir ein Konzept entwickeln, das sozialen und ökologischen Kriterien
274 gerecht wird, damit alle profitieren.

275 Klimageld einführen - Haushalte entlasten

276 Der Emissionshandel und die damit verbundene Bepreisung von CO₂-Emissionen sorgt
277 für ehrliche Preise und belohnt die, die in Klimaschutz investieren oder aus
278 anderen Gründen nichts oder nur wenig zur weiteren Erderhitzung beitragen. Da
279 noch nicht alle zum Start des europäischen Emissionshandels ETS 2 mit

280 Wärmepumpen, E-Autos und Niedrigenergiehäusern ausgestattet sein werden,
281 brauchen wir zum Ausgleich endlich ein sozial gestaffeltes Klimageld. Als
282 Sofortentlastungsmaßnahme setzen wir auf die Senkung der Stromsteuer auf das
283 europäische Minimum.

284 Die schwarz-rote Koalition hat das Klimageld faktisch beerdigt – obwohl es in
285 den Wahlprogrammen angekündigt wurde. Damit verspielt sie Glaubwürdigkeit und
286 gefährdet die politische Akzeptanz des CO₂-Preises. Der für ein Klimageld
287 notwendige Auszahlungsmechanismus ist inzwischen technisch bereit. Jetzt muss
288 die Bundesregierung den politischen Willen aufbringen, das Klimageld umzusetzen
289 – als direkten, jährlichen, barrierefrei ausgestalteten Rückfluss von einem
290 Großteil der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung von Gebäudewärme und Verkehr. Es
291 schafft einen Ausgleich für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Sie
292 werden entlastet, während Vielverbraucher*innen einen größeren Teil der
293 Transformationskosten tragen. Sollten aus dem regulären Haushalt und dem Klima-
294 und Transformationsfonds nicht genügend Mittel für eine sozial gerechte
295 Förderung zur Verfügung stehen, werden wir andere Finanzierungsmöglichkeiten
296 prüfen, die unseren Ansprüchen an eine sozial gerechte Transformation folgen.
297 Wir fordern die Bundesregierung auf, das Klimageld sofort startklar zu machen
298 und 2027 erstmals auszuzahlen.

299 Förderprogramme sozial und regional gerecht gestalten

300 Moderne klimafreundliche Technologien wie Wärmepumpen, Geothermie oder
301 energetische Gebäudesanierungen entlasten nach einigen Jahren durch geringere
302 Verbrauchskosten, sind aber in der Anschaffung teuer. Damit auch Menschen mit
303 geringem Einkommen und Vermögen den Umstieg starten können, müssen
304 Förderprogramme konsequent auf Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen
305 ausgerichtet werden. Wer wenig hat, erhält die höchste Förderung,
306 einkommensstarke Haushalte entsprechend weniger. Dieses Prinzip findet bisher
307 ausschließlich bei der Förderung für Heizungen aus erneuerbaren Energiequellen –
308 also etwa Wärmepumpen – Anwendung. Es ist aber auch für andere
309 Modernisierungsmaßnahmen richtig.

310 Damit die Wärmewende in der gesamten Gesellschaft zum Erfolg wird, braucht es
311 zudem weitere Schritte. Deshalb nehmen wir die Menschen mit kleinsten Einkommen
312 bei der Wärmewende besonders in den Blick. Wer weder einen Eigenanteil noch die
313 Vorfinanzierung der KfW leisten kann, darf nicht in der fossilen Kostenfalle
314 hängen bleiben. Wir bauen die Förderung daher aus, dass sie z.B. auch für ein
315 bezuschusstes Heizungs-Leasing-Programm oder für Wärme-Contracting-Modelle
316 genutzt werden kann. So können alle bei der energetischen Sanierung und beim
317 Heizungstausch mitmachen, die lieber überschaubare monatliche Raten zahlen
318 anstatt eine größere Investition vorzufinanzieren. Indem wir die Stromsteuer für
319 alle abschaffen und flexible Tarife unterstützen, wird Wärmepumpenstrom
320 günstiger und dadurch noch attraktiver als das Heizen mit fossilen Brennstoffen.
321 Im Osten Deutschlands sind rund ein Drittel aller Haushalte an Fernwärme
322 angeschlossen, ein enormes Potenzial. Es gilt weiterhin in effiziente Wärmenetze
323 zu investieren und etwa Stadtwerke beim Umstieg auf nachhaltige Wärmequellen zu
325 unterstützen.

326 Für den Erfolg der ökologischen Modernisierung unseres Landes sind unsere Städte
327 und Gemeinden unerlässlich: Wir kämpfen im Bund und in den Ländern weiter dafür,

328 dass die Kommunen aus den Einnahmen aus erneuerbaren Energien einen gerechten
329 Anteil erhalten und sie mit gezielten Förderprogrammen dabei unterstützt werden,
330 ihre kommunale Wärmeplanung Wirklichkeit werden zu lassen: Mit
331 Investitionszuschüssen sowie gezielter Unterstützung auch für Genossenschaften
332 und Kommunen wollen wir mehr bezahlbare Fernwärme aus erneuerbaren
333 Energiequellen wie Großwärmepumpen nach dänischem Vorbild, lokale und
334 nachhaltige Nahwärmenetze und dezentrale Lösungen ermöglichen, die communal gut
335 begleitet werden. Durch massive Investitionen wird Deutschland zum Wärme-
336 Innovationsland. So schaffen wir für Städte und ländliche Regionen örtlich
337 angepasste Lösungen.

338 Für Vermieter*innen müssen attraktive Anreize geschaffen werden, verbunden mit
339 einer klaren Begrenzung der Modernisierungsumlage, damit Warmmieten nicht
340 steigen. Insbesondere private Vermieter*innen werden wir bei der energetischen
341 Sanierung weiter verlässlich mit Förderzuschüssen unterstützen und
342 kostengünstige serielle Sanierungsverfahren voranbringen. Mit dem CO₂-Kosten-
343 Aufteilungsgesetz haben wir in der Ampel dafür gesorgt, dass Vermieter*innen
344 einen eigenen Anreiz haben, die Kosten für die Gebäudewärme für ihre
345 Mieter*innen gering zu halten. Je energieeffizienter ein Haus ist, desto
346 geringer ist der Vermieteranteil am CO₂-Preis. Dieses Stufenmodell wollen wir
347 weiterentwickeln und den Mieteranteil an den CO₂-Kosten verringern. Erst wenn
348 die Vermieter*innen ambitioniert saniert haben, darf der CO₂-Preis auf die
349 Mieter*innen umgelegt werden. Wer nicht saniert, zahlt mehr als bisher – wer
350 seine Mieter*innen vor Energiekostensteigerungen schützt, wird belohnt. So lohnt
351 sich kluges, nachhaltiges Handeln für Mieter*innen und Vermieter*innen
352 gleichermaßen. Zusätzlich soll der Milieuschutz so reformiert werden, dass er
353 zugleich sinnvolle Maßnahmen für die energetische Sanierung und Wärmewende
354 ermöglicht und die Mieter*innen vor Mietsteigerungen schützt.

355 Trotz der Fehlentscheidung zur Verschiebung des ETS 2 darf die Bundesregierung
356 nicht länger warten, einen Plan vorzulegen, wie die mehr als fünf Milliarden
357 Euro aus dem europäischen Klima-Sozialfonds gezielt für Haushalte mit wenig
358 Einkommen eingesetzt werden. Mit den Mitteln aus dem Klima-Sozialplan wollen wir
359 auch Anreize für elektrische Kleinwagen setzen. Damit kehren wir auch den
360 derzeitigen Trend zu immer größeren Autos um, dies schont zudem das Klima,
361 Flächen und Ressourcen.

362 Bahn stärken – saubere Mobilität für alle ermöglichen

363 Eine moderne Wirtschaft braucht einen bezahlbaren öffentlichen Fern- und
364 Nahverkehr mit einer modernen und zuverlässigen Bahn als Rückgrat. Die
365 Investitionen in Sanierung, Digitalisierung und Elektrifizierung der
366 Bahninfrastruktur, den Aus- und Neubau von Bahnstrecken, die Modernisierung von
367 Bahnhöfen sowie den Personennahverkehr müssen mindestens verdoppelt und für zehn
368 Jahre gesichert werden. In der Ampel-Regierung haben wir es geschafft, dass
369 erstmals mehr Geld in die Schiene als in die Straße geflossen ist. Und wir haben
370 den Finanzierungskreislauf Straße durchbrochen – Einnahmen aus der Lkw-Maut sind
371 endlich auch in die Bahninfrastruktur geflossen. Beide Erfolge werden unter
372 Schwarz-Rot zurückgedreht. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Bahn-
373 feindliche Politik zu beenden.

374 Auch beim Deutschlandticket braucht es eine stärkere Beteiligung des Bundes,
375 damit der Preis mit steigendem Ausbau des ÖPNV wieder auf 9 Euro sinken kann –
376 denn das ist unser Ziel. Neben bezahlbaren Tickets ist ein gutes Angebot
377 entscheidend, doch während Deutschland die teuersten Autobahnkilometer der Welt
378 baut, fehlt es an einer funktionierenden Bahn sowohl im Fernverkehr wie auch
379 regional – eine enorme Belastung für Pendler*innen und Unternehmen. Wir kämpfen
380 dafür, dass mittelgroße Städte wie Heidelberg und Jena, Lübeck und Schwerin
381 regelmäßig im Fernverkehrsnetz der Schiene eingebunden sind, der Fernverkehr auf
382 der Schiene ausgebaut wird und mehr Nachtzugverbindungen geschaffen werden.
383 Ebenso braucht es eine Offensive für den Ausbau des öffentlichen
384 Personennahverkehrs und eine deutliche Erhöhung der Regionalisierungsmittel. Die
385 neue Bahnstrategie muss endlich mit einem Maßnahmenpaket zur Fachkräfteanwerbung
386 und Baubeschleunigung hinterlegt werden. Ebenso sollen Güterverkehr und
387 Schifffahrt ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten, etwa durch besseren
388 kombinierten Güterverkehr, durch klimafreundliche Antriebe, Nutzung von
389 Landstrom und Schiffsrecycling.

390
391 Klimaschutz ist wichtiger als immer neue Autobahnprojekte. Mittel für Aus- und
392 Neubau sollen statt in neue Straßen in den Ausbau der klimafreundlichen Schiene
393 fließen. Denn während unser Schienennetz einen leistungsfähigen Ausbau braucht,
394 ist das Straßennetz gut ausgebaut und benötigt daher Sanierungen statt Neubau.
395 Dazu wollen wir einen integrierten Bundesmobilitätsplan für eine klimaneutrale,
396 flächenschonende und sozial gerechte Mobilität erarbeiten und alle Projekte
397 unter Berücksichtigung der Klimaziele kritisch überprüfen. Für die
398 Straßeninfrastruktur ist unsere Priorität klar: Sanierung und Erhalt vor Neubau.
399 Das wissen alle, die unter maroden Brücken und gesperrten Straßen leiden. Um den
400 berechtigten Interessen im Rad- und Fußverkehr und der Verantwortung des
401 Verkehrssektors für den Klimaschutz gerecht zu werden, wollen wir die
402 Straßenverkehrsordnung im Sinne besserer Flächengerechtigkeit weiter anpassen.
403 Der Bund soll endlich auch gezielt Radschnellverbindungen in und zwischen
404 Kommunen fördern und den Fußverkehr mit Leuchtturmprojekten unterstützen.

405 Gute Arbeit sichern – Sicherheit im Wandel schaffen

406 Gute und verlässliche Arbeit ist essenziell für sozialen Zusammenhalt. Wir
407 setzen uns gemeinsam mit Gewerkschaften und vielen Unternehmen für eine
408 gestärkte Tarifbindung, einen wirklich armutsfesten Mindestlohn und gute
409 Arbeitsbedingungen in allen Branchen ein. Arbeit darf nicht krank machen – sie
410 muss Sicherheit, Perspektiven und Würde bieten. Gute Arbeit ist die soziale
411 Basis jeder erfolgreichen Transformation. Beschäftigte müssen in
412 Veränderungsprozesse einbezogen sein. Wir wollen die Mitbestimmung stärken, denn
413 wo Menschen mitreden, mitentscheiden und gestalten können, entstehen Akzeptanz
414 für den Wandel und auch zukunftsfähige Innovationen. Denn nachhaltige
415 Entscheidungen entstehen dort, wo Verantwortung geteilt wird – für gute Arbeit,
416 für das Klima und für die Zukunft unseres Landes.

417 Viele Unternehmen engagieren sich bereits, ihre Beschäftigten durch
418 Qualifizierung und Weiterbildung auf den Wandel vorzubereiten. Um diesen Einsatz
419 zu stärken und Sicherheit zu schaffen, braucht es einen Transformationsfonds,
420 eine umfassende Qualifizierungsinitiative sowie gezielte Förderung für von
421 Strukturwandel betroffene Regionen. Mit verlässlichen und zukunftsorientierten

422 wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen wir dafür, dass Arbeitgeber*innen auch
423 in Zukunft gute Arbeitsplätze anbieten können.

424 Der Wandel gelingt nur, wenn er Sicherheit bietet. Ein verlässliches soziales
425 Netz muss Menschen in allen Lebenslagen schützen – bei Arbeitslosigkeit,
426 Krankheit und Pflege. So entsteht Vertrauen in Veränderung und der Glaube:
427 Niemand bleibt zurück.

428 **Gesundheitsschutz stärken – Kommunen bei der Klimaanpassung
unterstützen**

430 Für uns ist das Recht aller Menschen auf eine gesunde und lebenswerte Zukunft
431 das Leitprinzip aller Klimafolgenanpassungsstrategien. Sozial gerechter
432 Klimaschutz bedeutet auch, Schutzmaßnahmen gegen Extremwetterereignisse wie
433 Hitze, Stürme und Überschwemmungen konsequent auszubauen. Für uns ist das Recht
434 aller Menschen auf eine gesunde und lebenswerte Zukunft das Leitprinzip aller
435 Klimafolgenanpassungsstrategien. Daten bestätigen, dass Hilfesysteme,
436 medizinische Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, Sportvereine und viele andere
437 die zunehmende Wärmebelastung und die damit verbundenen gesundheitlichen
438 Konsequenzen zunehmend zu spüren bekommen.

439
440 Wir wollen den Gesundheitsschutz insbesondere von vulnerablen Gruppen wie
441 Kleinkindern, älteren und gesundheitlich vorbelasteten Menschen, Menschen mit
442 Behinderungen, Obdach- und Wohnunglosen sowie von Schwangeren sukzessive
443 stärken. Durch moderne Gestaltung wie baulichen Hitzeschutz, klimaangepasste
444 öffentliche Räume, die Entsiegelung von Flächen, Planung grüner Oasen in stark
445 versiegelten Räumen, aber auch die Verbesserung eines barrierefreien und
446 inklusiven Katastrophenschutzes, des öffentlichen Gesundheitsdienstes und der
447 psychiatrischen Versorgung ebenso wie die Modernisierung von Fahrzeugen im ÖPNV,
448 Notfallpläne und Hitzeberatung wirken wir den Risiken von Hitzschlag,
449 Dehydrierung und hitzebedingten Gesundheitsschäden entgegen. Zudem wollen wir die
450 Präventions- und Versorgungsstrukturen, etwa im psychiatrischen Bereich, mit
451 Blick auf diese besonders vulnerablen Gruppen ausbauen. Ebenso gilt es, auf die
452 Bedrohung durch Überschwemmungen mit Maßnahmen wie naturnahen Flussläufen,
453 Schwammstadtkonzepten und naturgerechter Gewässerpflege gemeinsam mit den
454 Kommunen sowie mehr Entsiegelung zu reagieren.

455 **Verantwortung einfordern – fossile Subventionen abbauen,
Verursacher beteiligen**

457 Wer Klimagerechtigkeit ernst meint, darf fossile Fehlanreize nicht länger
458 hinnehmen. Noch immer fließen Milliarden in klimaschädliche Subventionen für
459 Diesel, Dienstwagen, Kerosin oder unwirtschaftliche Regionalflughäfen. Das muss
460 aufhören. Diese Mittel fehlen bei der Finanzierung des Klimageldes, beim
461 sozialen Ausgleich und bei Zukunftsinvestitionen. Wir fordern die
462 Bundesregierung auf, beim sozialverträglichen Abbau klimaschädlicher
463 Subventionen substanzIELL voranzukommen und die freiwerdenden Mittel konsequent
464 in Klimageld, Wärmewende und öffentliche Mobilität umzuleiten.

465 Wir stehen für das Verursacherprinzip und seine konsequente Anwendung. Wer
466 massive ökologische wie ökonomische Schäden verursacht, darf mit diesem

467 Geschäftsmodell keine unverhältnismäßigen Gewinne machen. Wir erwarten, dass
468 fossile Unternehmen stärker an den Kosten der Klimaschäden und der
469 Klimaanpassung in den Kommunen beteiligt werden. Dazu gehört auch eine
470 Fortführung der ökologischen Finanzreform, damit die Kosten von
471 Ressourcenverbrauch und Klimabelastung stärker internalisiert und Anreize für
472 zukunftsfähiges und klimaneutrales Wirtschaften gesetzt werden. Unternehmen, die
473 Gewinne aus Ausbeutung und Verkauf von Öl, Kohle und Gas erzielen, werden wir
474 verpflichten, entsprechende Beträge aus Übergewinnen aus diesem Bereich in einen
475 Fonds einzuzahlen, mit dem Kommunen bei der Bewältigung von Klimaschäden und bei
476 Investitionen in die Klimaanpassungsmaßnahmen unterstützt werden. Zugleich
477 müssen die Konzerne, die fossile Energieträger abgebaut haben, wie bei Atomkraft
478 und Steinkohle verbindlich für die Kosten der Ewigkeitsschäden in einem
479 Rückstellungsfonds aufkommen. Dafür werden wir die entsprechenden Möglichkeiten
480 schaffen.. Nur ein starkes Lieferkettengesetz sichert, dass große Unternehmen
481 dieser Verantwortung auch im Ausland nachkommen. Eine weitere Abschwächung der
482 EU-Lieferkettenrichtlinie und des deutschen Lieferkettengesetzes lehnen wir ab.
483 So entsteht eine Klimapolitik, die gerecht, wirksam und mehrheitsfähig ist –
484 eine Politik, die niemanden überfordert, sondern alle einlädt, Teil der Lösung
485 zu sein.

486 Mit Privatjets schädigen Superreiche das Klima und verantworten mit ihrem Luxus
487 in besonderem Maße die Zerstörung unserer Erde. Die 50 reichsten Milliardäre
488 emittieren im Schnitt in nur 90 Minuten – über Privatjets und Yachten – mehr CO₂
489 als ein durchschnittlicher Mensch im ganzen Leben. Wir fordern daher den
490 Beitritt zur Premium Flyers Solidarity Coalition, unter anderem mit Frankreich,
491 Spanien und Kenia, für eine gerechte Luftverkehrssteuer auf Privatjets sowie
492 First- und Business-Class-Tickets. Konkret bedeutet das für jeden Passagier nach
493 dem Vorbild Frankreichs im Privatjet eine Abgabe von 420 Euro innereuropäisch
494 und bis zu 2.100 Euro bei internationalen Flügen. Zudem wollen wir
495 Steuerschlupflöcher bei der Kerosinsteuern schließen und Privatjets zu einer
496 besonders hohen Quote von klimafreundlichen Power-to-Liquid-Kraftstoffen
497 verpflichten.

498 Wirtschaft modernisieren – Klimaziele als 499 Standortstrategie

500 Das deutsche Wirtschaftsmodell – der Dreiklang aus vermeintlich billigen
501 Gasimporten, schier unendlich wirkenden Absatzmärkten in China und der
502 Auslagerung der Verantwortung für unsere Sicherheit an die USA – steckt in einer
503 tiefen strukturellen Krise und hat sich spätestens mit Beginn der Zeitenwende
504 überholt. Das auf Ressourcenausbeutung und Klimazerstörung aufgebaute
505 Wirtschaftswachstum ist am Ende. Die Exportabhängigkeit, die lange ein
506 Erfolgsmodell war, wird zur Schwachstelle. Die Absatzmärkte in China und den USA
507 verändern sich rapide. Die Abhängigkeit von billigem Gas ist nicht überwunden.
508 Und viele Branchen, aber auch die Politik haben zu lange auf alte Technologien
509 gesetzt, statt rechtzeitig auf Zukunftsmärkte zu reagieren. In der aktuellen
510 Lage herrscht nicht zuletzt wegen der anhaltend schlechten Standortbedingungen
511 große Investitionszurückhaltung. Wer nicht weiß, wie sein Unternehmen die
512 nächsten Jahre überleben soll, investiert nicht in die darauffolgenden
513 Jahrzehnte.

514 Für die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen des
515 energieintensiven Mittelstandes sowie der Industrie braucht es daher einen
516 Brückenstrompreis von 5 Cent pro kWh. So schaffen wir für unsere Unternehmen
517 gute Wettbewerbsbedingungen und ein gutes Investitionsklima, allem voran
518 Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen. Damit sorgen wir so für
519 günstige, verlässliche und klimaneutrale Energie für unsere Wirtschaft.

520 Überall in Deutschland haben sich Unternehmen aufgemacht, ihre Geschäftsmodelle
521 und Produktionsprozesse weiterzuentwickeln und auf Nachhaltigkeit und
522 Klimaschutz auszurichten. Sie sind unsere Partner und Verbündeten im Kampf gegen
523 die Erderhitzung und verdienen unsere Unterstützung auf diesem Weg. Doch genau
524 diese Unternehmen schauen unter Schwarz-Rot in die Röhre, weil ihnen die
525 Planungs- und Investitionssicherheit entzogen wird. Von dieser Entwicklung
526 profitieren diejenigen, die in der Phase des klimapolitischen Aufbruchs
527 abgewartet, verzögert oder sogar aktiv bekämpft haben.

528 Ehrlichkeit heißt auch, klar zu benennen: Geschäftsmodelle, die auf der
529 Bereitstellung, dem Transport oder der Verbrennung fossiler Energien beruhen,
530 werden enden, wenn wir unsere Lebensgrundlagen erhalten wollen. Die Bewältigung
531 dieser Menschheitsaufgabe ist nicht allein ein technologischer, sondern auch ein
532 gesellschaftlicher Prozess. Wie groß die Schäden durch die Klimakrise sind,
533 hängt auch davon ab, wie gut wir uns darauf vorbereitet haben. Die Anpassung an
534 die Klimakrise ist deshalb eine gesellschaftliche, ökonomische und soziale
535 Kernaufgabe der kommenden Jahre und Jahrzehnte.

536 Während andere Länder industriepolitisch klare Modernisierungsziele formuliert
537 und ihre Rahmenbedingungen an den Herausforderungen der Zukunft ausgerichtet
538 haben, haben deutsche Bundesregierungen es sich zusammen mit einigen
539 Großunternehmen oft bequem gemacht. Junge Unternehmen und Zukunftsbranchen –
540 etwa die Solar- oder Chipindustrie – wurden zu lange übergangen. Heute ist
541 Deutschland in Teilen stark in den Technologien von gestern, während die USA und
542 China bei den Technologien von morgen – von E-Mobilität über Batterien bis zur
543 KI – vorn liegen.

544 Deutschland kann diesen Rückstand aufholen, wenn es jetzt entschlossen handelt.
545 Wir haben exzellente Forschung, Erfahrung in der Entwicklung von Technologien
546 und industrielle Kompetenz – und mit dem europäischen Binnenmarkt einen
547 gewaltigen Hebel. Mit dem Sondervermögen für Klima und Infrastruktur bestehen
548 historische Investitionsmöglichkeiten, um einen echten Modernisierungsschub
549 einzuleiten.

550 Wir wollen die Finanzmärkte als Motor der Modernisierung nutzen. Kapitalströme
551 dürfen nicht länger so stark von fossilen Geschäftsmodellen profitieren und sie
552 zugleich absichern, vielmehr brauchen Investitionen in klimafreundliche und
553 faire Wirtschaftsaktivitäten deutlich bessere Rahmenbedingungen, die ihnen
554 Vorfahrt und ein Wachsen in Europa ermöglichen. Dafür wollen wir die
555 Nachhaltigkeitsgesetzgebungen in Europa kohärenter, einfacher und damit
556 effektiver und attraktiver machen, Greenwashing konsequent unterbinden,
557 Nachhaltigkeitskriterien für Finanzprodukte verbindlich und verständlicher
558 machen sowie Klima- und Biodiversitätsrisiken stärker in die Finanzaufsicht
559 integrieren. Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind essenziell für die
560 Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft.

561 Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der EU-Taxonomie ein, die fossile
562 Energien klar ausschließt und glaubwürdige Standards für nachhaltige
563 Finanzprodukte schafft. Denn Erdgas und Atomkraft sind nicht grün. Nur wenn das
564 Finanzsystem klima- und sozialgerecht aufgestellt ist, gelingt die
565 Transformation unserer Wirtschaft. Diese Transformation bringt für die
566 Unternehmen große Herausforderungen mit sich. Viele tätigen mutige und mitunter
567 riskante Investitionen, aus Verantwortung und unternehmerischer Weitsicht. Wir
568 wollen sie auf diesem Weg unterstützen und nicht mit zusätzlicher Bürokratie
569 belasten. Die Taxonomie wollen wir deshalb so gestalten, dass sie
570 nachvollziehbar die relevanten Sektoren erfasst. Außerdem wollen wir die bisher
571 komplett dysfunktionale Kennzahl des „Green Asset Ratio“ (GAR) reformieren,
572 damit der GAR auch eine managementrelevante Steuerungsrelevanz haben kann, und
573 die Taxonomie-Berichtspflichten deutlich reduzieren, vereinfachen und
574 vereinheitlichen.

575
576 Häufig entstehen soziale Innovationen, regionale Wertschöpfung und Resilienz
577 durch gesellschaftliches Engagement. Bürgerenergiegenossenschaften, solidarische
578 Landwirtschaft, genossenschaftliche Unverpacktläden oder das kirchliche
579 Inklusionscafé sind als Unternehmen organisiert, verfolgen aber keine
580 wirtschaftlichen Wachstumsziele. Diese Initiativen unterstützen wir mit
581 Aufmerksamkeit, Förderung und Bürokratieabbau.

582 Forschung, Entwicklung und Skalierung in der Clean-Tech-Branche treiben wir
583 voran. Wir stärken Anreize für privates Kapital, für Startups, Scaleups und den
584 Mittelstand. Wir verbessern die Finanzierungsbedingungen in Deutschland und
585 Europa umfassend. Vorrangig umsetzen wollen wir dabei Innovationen und die
586 Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und Europa, das erfordert schon
587 die aktuelle geopolitische Lage. Aufgrund der großen Notwendigkeit, Innovation
588 und Scaleups in Deutschland und Europa groß werden zu lassen, stehen wir den
589 Bemühungen rund um ein 28. Regime der Kapitalmarktunion offen gegenüber. Wo
590 regulatorische Hürden und fehlende oder unzureichende Finanzierungsmechanismen
591 klima- und umweltfreundliche Innovation und zukunftsfähige Geschäftsmodelle
592 verhindern, wie bei der Kreislaufwirtschaft oder der Umstellung auf
593 klimafreundliche Industrieproduktion, schaffen wir diese Hürden ab. Während
594 Schwarz-Rot Symbolpolitik betreibt, sind wir hier ganz klar: Wir werden unnötige
595 Bürokratie abschaffen, gleichzeitig erhalten wir ökologische, soziale und
596 gesundheitliche Standards, die Mensch und Umwelt schützen. Während Schwarz-Rot
597 Symbolpolitik betreibt, sind wir hier ganz klar: Wir werden Bürokratie
598 abschaffen, gleichzeitig halten wir ökologische, soziale und gesundheitliche
599 Standards, die Mensch und Umwelt schützen.

600 Durch Digitalisierung können nachhaltige Geschäftsmodelle entstehen, ob das der
601 digitale Zwilling in der Produktion ist, der autonom fahrende Kleinbus in
602 ländlichen Regionen, oder das digitale Stromnetz. Daher wollen wir gerade an
603 dieser Schnittstelle Innovationen erleichtern und gleichzeitig für nachhaltige
604 Rechenzentren sorgen.

605 Welche neue Technologie wie eingesetzt wird, ist auch eine politische Frage. Wir
606 stehen für offene, faktenbasierte Debatten und demokratische Entscheidungen über
607 neue Technologien – diese Entscheidungen dürfen nicht alleine wenige mächtige
608 Männer aus dem Silicon Valley oder der chinesischen Führung treffen.

609 Klima schützt Natur schützt Klima

610 Wir wollen mit der Natur wirtschaften, nicht gegen sie. Nur mit einer intakten
611 Natur, die in großen Mengen Treibhausgase speichert, kann die Klimakrise
612 eingehemmt werden. Der natürliche Klimaschutz hat eine zentrale Rolle bei der
613 Bewältigung der Klimakrise. Gesunde Wälder und Auen, Böden und Moore, Meere und
614 Gewässer, Grünflächen in der Stadt speichern zugleich Kohlenstoff, bieten
615 Lebensraum für bedrohte Arten und dienen als Wasserspeicher und
616 Ökosystemstabilisatoren der Klimavorsorge. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass
617 die Milliardeninvestitionen in das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz, das
618 wir in der letzten Bundesregierung aufgelegt haben, kontinuierlich fortgeführt
619 werden. Wir werden großflächig die Natur wiederherstellen, Wasser in der
620 Landschaft halten und natürliche Treibhausgassenken wie Moorböden, Humus und
621 naturnahe Wälder wieder aufbauen. Unsere Landbewirtschaftung soll zukunftsfähig
622 werden, indem sie sich gleichzeitig an die sich ändernden Klimabedingungen
623 anpasst und klimafreundlicher produziert. Eine ökologische Steuerreform auch für
624 Lebensmittel kann dazu beitragen, dass Produktion und Konsum von pflanzlichen
625 Lebensmitteln ausgebaut werden und die klimaschädliche Massentierhaltung endet.

626 Sondervermögen und Klima- und Transformationsfonds gezielt 627 nutzen

628 Der Klima- und Transformationsfonds (KTF) ist das finanzielle Rückgrat der
629 ökologischen Modernisierung. Er kann – genauso wie das neu geschaffene
630 Sondervermögen – seine volle Modernisierungswirkung aber nur entfalten, wenn
631 seine Einnahmen konsequent für den wirtschaftlichen Umbau oder Förderungen
632 ausgegeben werden, die direkt im Alltag der Bürger*innen wirken – wie die
633 Heizungsförderung, die energetische Stadtsanierung oder Energiesparchecks. Die
634 Umwidmung des KTF etwa zur Ansiedelung einzelner Unternehmen steht diesem Ziel
635 entgegen.

636 Schwarz-Rot setzt diese Schieflage fort, anstatt sie zu korrigieren – und öffnet
637 zugleich neue Schlupflöcher, die Klimaschutz offen konterkarieren. Zwar konnten
638 wir verhindern, dass, wie ursprünglich von Lars Klingbeil geplant,
639 Strafzahlungen für verfehlte Emissionsziele aus dem Fonds bestritten werden. Die
640 jüngste Gesetzesänderung erlaubt es aber, über den KTF künftig auch
641 Gaspreissenkungen zu finanzieren. Bereits 2025 werden über die Gasspeicherumlage
642 Mittel des Fonds dafür genutzt. Auch Posten wie die Finanzierung von
643 Kernfusionsforschung haben in einem Klimafonds nichts verloren.

644 Mit den aus dem KTF finanzierten Klimaschutzverträgen haben wir die
645 Investitionsrisiken der Unternehmen reduziert, die sich für den
646 klimafreundlichen Umbau ihrer Produktionsprozesse entscheiden. Die Absicherung
647 der Differenzkosten zwischen konventioneller und emissionsarmer Produktion trägt
648 dazu bei, dass ein Business Case für grüne Produktion entsteht. Durch grünen
649 Druck ist es gelungen, die Klimaschutzverträge weiterzuführen - und das, obwohl
650 Katherina Reiche sie lieber hätte auslaufen lassen. Wir wollen die
651 Klimaschutzverträge pragmatisch, mittelstandsfreundlich und bürokratiearm
652 weiterentwickeln.

653 Mit dem Sondervermögen für Klimaschutz und Infrastruktur haben wir die
654 Möglichkeit geschaffen, dass zentrale Modernisierungsprojekte gezielt

655 angeschoben werden können. Teile der Wirtschaft investieren schon jetzt in eine
656 klimaneutrale Produktion – genau zur richtigen Zeit: China beginnt, CO₂-
657 reduzierten Stahl nach Europa zu exportieren und erhöht so den Druck auf
658 heimische Produzenten. Anstatt diese Umstellung hin zu klimafreundlichen
659 Produktionsprozessen der Zukunft zielgerichtet mit den neuen Milliarden aus dem
660 Sondervermögen zu unterstützen, organisiert Schwarz-Rot die Rückkehr zu fossilen
661 Energieträgern.

662 Wir wollen das Sondervermögen stattdessen strategisch für die sozial-ökologische
663 Transformation und als Hebel zur Schaffung klimafreundlicher Geschäftsmodelle
664 und grüner Leitmärkte in den europäischen Schlüsselbranchen einsetzen. Damit
665 strategisch wichtige Industriebranchen in Europa bleiben und klimafreundliche
666 Geschäftsmodelle durchstarten können, braucht es eine gesicherte Nachfrage durch
667 die Schaffung grüner Leitmärkte, die Investitionen anreizen und industrielle
668 Wertschöpfung auch in den kommenden Jahrzehnten in Europa halten.

669 Deshalb sollte zusammen mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz
670 die Vergabe von öffentlichen Investitionen an Herkunftsachweise und
671 Mindestanteile europäischer Wertschöpfung gebunden sein. So sollte etwa
672 festgelegt sein, dass mindestens zehn Prozent des verbauten Stahls
673 klimaneutraler Stahl aus Deutschland oder der EU sein müssen. Allein die
674 Deutsche Bahn als hundertprozentig bundeseigenes Unternehmen kann bei ihren
675 Investitionen aus dem Sondervermögen Vorreiterin darin sein, klimafreundlich
676 produzierte Güter made in Europe einzusetzen. So entstehen europäische
677 Leitmärkte, die Investitionen anreizen und europäische Wertschöpfung sichern.
678 Dieses Prinzip sollte auch in anderen strategisch wichtigen Branchen – etwa
679 Batterien, Wasserstoff oder klimaneutrale Grundstoffe – Anwendung finden.

680 Automobilindustrie zukunftsfähig machen

681 Teile der Automobilindustrie haben mit Unterstützung einer zögernden Politik
682 großer Koalitionen zu lange auf alte Technologien gesetzt und so die
683 Transformation verschlafen. Die deutschen Hersteller drohen im globalen
684 Wettbewerb zunehmend Marktanteile zu verlieren, insbesondere an neue
685 Wettbewerber aus dem asiatischen Raum. Während in weiten Teilen der Welt die
686 Elektromobilität auf dem Vormarsch ist, diskutiert die Bundesregierung über eine
687 Renaissance des Verbrennungsmotors. Es ist gleichermaßen gefährlich für den
688 Klimaschutz und die Zukunft unseres Industriestandorts, dass rückwärtsgewandte
689 Politiker*innen, insbesondere von Union und SPD, die europäische Einigung zum
690 Verbrenner-Aus in Frage stellen und somit Unsicherheit schüren. In der aktuellen
691 Strukturkrise braucht die Branche Planungssicherheit und gezielte Impulse für
692 klimaneutrale Innovationen: Die klare Orientierung, dass ab dem 1. Januar 2035
693 in Europa kein fossiler Verbrenner mehr neu zugelassen wird, muss durch Anreize,
694 die Attraktivität elektrischer Mobilität zu steigern, Förderung von Innovationen
695 sowie durch strukturpolitische Maßnahmen in den vom Wandel der
696 Automobilindustrie besonders betroffenen Regionen ergänzt werden. Dafür muss die
697 Bundesregierung sorgen. So stärken wir die Position unserer Unternehmen auf den
698 internationalen Märkten.

699 Wir fordern einen Ausbau der und Zugang zur deutschen und europäischen
700 Ladeinfrastruktur für verlässliches und bezahlbares Laden und die Senkung der
701 Stromsteuer für alle, ein Sonderbeschaffungsprogramm für E-Mobilität in Behörden

702 und kommunalen Diensten, sozial gestaffelte Fördermodelle für Haushalte mit
703 geringem Einkommen (z.B. „Social Leasing“), die an europäische
704 Wertschöpfungsketten gebunden sind, sowie eine auf emissionsfreie,
705 batterieelektrische Fahrzeuge ausgerichtete Kfz-Besteuerung. Förderung muss da
706 ankommen, wo sie gebraucht wird. Wir wollen insbesondere Menschen mit geringem
707 Einkommen beim Umstieg auf die Elektromobilität konkret unterstützen: Wer,
708 insbesondere auf dem Land, oder zum Pendeln auf das Auto angewiesen ist und
709 weniger als 40.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen hat, zahlt für das
710 Leasing eines elektrischen Kleinwagens maximal 100 Euro pro Monat.

711 Die Elektrifizierung der Dienstwagenflotten ist einer der größten kurzfristig
712 realisierbaren CO₂-Hebel im Verkehrssektor und zugleich sozialpolitisch
713 sinnvoll. Ein aufkommensneutrales Bonus-Malus-System aus steuerlichen Maßnahmen
714 kann dabei sicherstellen, dass Fahrzeuge mit hohem CO₂-Ausstoß stärker belastet
715 und vollelektrische Fahrzeuge steuerlich entlastet werden. Diese Maßnahme trägt
716 zur Erreichung der nationalen Minderungsziele im Verkehrssektor bei und kann
717 zugleich Preisseigerungen durch den ETS 2 abmildern.

718 Wer industrielle Wertschöpfung und strategisch wichtige Hersteller wie
719 Zulieferer in Deutschland und Europa halten will, muss staatliche Förderung an
720 Elektromobilität aus europäischer Wertschöpfung binden. Wir setzen daher auf
721 eine E-Auto-Kaufprämie und steuerliche Förderung emissionsarmer Fahrzeuge, die
722 besondere Anreize für Automodelle made in Europe setzt. Zudem setzen wir uns für
723 attraktive Kooperationen zwischen Autoherstellern und Netzbetreibern ein, bei
724 denen Privathaushalte mittels bidirektionalem Laden bei ihrer Stromrechnung um
725 mehrere Hundert Euro entlastet und E-Autos so zu flexiblen Batteriespeichern
726 einer dezentralen Energiewende werden.

728 Kohleausstieg vollenden – Gasunabhängigkeit strategisch 729 angehen

730 Deutschland hat mit dem Kohlekompromiss einen ersten Rahmen für einen geordneten
731 Ausstieg aus dem Abbau und der Verstromung von Kohle gesetzt. Auf grüne
732 Initiative ist es gelungen, den Kohleausstieg im Rheinischen Revier gesetzlich
733 und im Konsens mit den Betreibern auf 2030 vorzuziehen. Nun geht es darum,
734 diesen Ausstiegsplan konsequent umzusetzen. Auch in den mittel- und ostdeutschen
735 Kohlerevieren ist der Kohleausstieg deutlich vor 2038 möglich. Das Geschäft
736 rentiert sich immer weniger, die Blöcke sind im modernen Stromsystem zu
737 unflexibel, die Kohleverstromung sinkt unwiderruflich. Wir halten es weiter für
738 sinnvoll und notwendig, den Unternehmen, den Beschäftigten und den Regionen
739 durch eine gesetzliche Regelung Planungssicherheit zu geben, damit etwa die
740 Auszahlung der Strukturmittel an einen neuen Zeitplan angepasst werden kann.
741 Jegliche Tagebauerweiterung wie in Norden steht im krassen Widerspruch zu allen
742 Klimazielen und ist energiewirtschaftlich nicht notwendig, weshalb wir sie
743 ablehnen. Wir lassen die Regionen und Beschäftigten nicht allein und haben die
744 Strukturmittel für den Kohleausstieg flexibilisiert, damit der Strukturwandel im
745 Lausitzer und Mitteldeutschen Revier nicht lahmt.

746 Um die Energieversorgung langfristig zu sichern und Preisschwankungen sowie
747 Abhängigkeiten zu vermeiden, braucht Deutschland aber auch eine klare
748 Gasunabhängigkeitsstrategie. Durch konsequenteren Ausbau von Wind- und
749 Solarenergie, Elektrifizierung von Industrieprozessen und Wärmeinfrastruktur,

750 den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und Investitionen in Speichertechnologien
751 kann der Gasverbrauch in den kommenden Jahren halbiert werden. Das ist nötig,
752 denn nur so lässt sich die energiepolitische Abhängigkeit von teuren LNG-
753 Importen aus den USA und autokratisch regierten Staaten beenden. Die im Rahmen
754 des Zoll-Deals geplanten Ausgaben von bis zu 750 Milliarden Euro für Trumps LNG-
755 Gas lehnen wir entschieden ab.

756
757 Zu einer Gasunabhängigkeitsstrategie gehört, die Bewilligung zur Förderung von
758 Gas (und Öl) zu begrenzen und keine neuen Gasfördergenehmigungen zu erteilen.
759 Das Vertragsgesetz für ein Unitarisierungsabkommen mit den Niederlanden
760 konterkariert die internationalen Klima- und Biodiversitätsziele, widerspricht
761 der Zielsetzung der Energiewende und gefährdet das hochsensible Ökosystem der
762 Nordsee. Deswegen wollen wir dafür sorgen, dass es nicht zustandekommt. Wir
763 begrüßen ausdrücklich, dass die sieben grün-mitregierten Länder im Bundesrat
764 bereits ihre Ablehnung angekündigt haben und fordern die anderen
765 Landesregierungen auf, diesem Abkommen ebenfalls die Zustimmung zu verweigern.
766 Die geplante Gas-Förderung vor Borkum lehnen wir wie andere Gas- und
767 Ölförderprojekte, z.B. in Bayern und in der Ostsee ab.

768 Es war richtig, nach der Vollinvasion Russlands in der Ukraine eine LNG-
769 Infrastruktur zu schaffen, um schnell die wegfallenden Lieferungen russischen
770 Erdgases zu ersetzen. Zugleich ist für uns klar: Neue Langfristverträge für den
771 Import fossilen Gases oder neue LNG-Terminals sind nicht mit den Klimazielern und
772 auch nicht mit einer Gasunabhängigkeitsstrategie vereinbar. Der Gasrausch der
773 schwarz-roten Bundesregierung gefährdet die Klimaziele und unsere Sicherheit.
774 Anstatt uns mit teurem, umwelt- und klimaschädlichem Fracking-Gas erpressen zu
775 lassen, bringen wir die begonnene Reduktion des europäischen Gasverbrauchs als
776 auch den Umstieg auf Sonne und Wind, grünen Wasserstoff und andere erneuerbare
777 Quellen weiter voran. Die Nutzung von fossilem Gas werden wir schrittweise
778 reduzieren und so schnell wie möglich, spätestens bis 2045, beenden, um die
779 Klimaziele sicher einzuhalten. Gas- und Erdölförderung richten weltweit
780 gravierende, oft nicht hinreichend bilanzierte Gesundheits- und Umweltschäden an
781 – gerade auch durch Fracking – und vertreiben Menschen aus ihrer Heimat.
782 Methanleckagen können dazu führen, dass Erdgas bilanziell für ähnlich hohe
783 Treibhausgasemissionen verantwortlich ist wie Kohle.

784 In Deutschland wird Fracking zurecht nicht genutzt, nun müssen auch die Importe
785 schrittweise zurückgefahren werden. Außerdem fordern wir einen Importstopp für
786 russische Stickstoffdünger, mit denen Putin überschüssiges Gas in Wert setzt,
787 und eine Agrarpolitik, die unsere Landwirtschaft unabhängig von Kunstdünger
788 macht.

789 In Abstimmungen mit unseren europäischen Partnern werden wir die LNG-
790 Infrastruktur in Deutschland regelmäßig auf ihre Notwendigkeit überprüfen, Lock-
791 in-Effekte von Gasinfrastruktur vermeiden, überflüssige Terminals schließen und
792 alle neue Energieinfrastruktur mit dem verbindlichen Kriterium versehen, dass
793 sie den Wechsel hin in ein Energiesystem auf der Basis von erneuerbaren Energien
794 vollziehen kann. Nun muss es darum gehen, die gesamte fossile Infrastruktur und
795 ihre Auslastung auf ein für die Versorgungssicherheit notwendiges Maß zu
796 begrenzen. Bei den vorhandenen Terminals setzen wir uns dafür ein, dass
797 Emissions- und Abwassergrenzwerte und weitere Regelungen zum Schutz von Umwelt,
798 Natur und Bevölkerung voll eingehalten werden.

799 Klimaschutz global entschlossen und gerecht angehen

800 Klimaschutz endet nicht an nationalen Grenzen, im Gegenteil: Die weltweite
801 Klimakrise bedarf multilateraler Antworten, denn sie ist eine existenzielle
802 Herausforderung für die ganze Menschheit. Die Weltklimakonferenz COP30 war ein
803 Prüfstein dafür, wie ernsthaft und glaubwürdig Regierungen an der Umsetzung der
804 Pariser Klimaziele arbeiten. Die Bundesregierung hat diesen Test nicht bestanden
805 und ist mit dafür verantwortlich, dass die Ergebnisse dieser Weltklimakonferenz
806 den Erwartungen nicht gerecht geworden sind – obwohl die brasilianische
807 Regierung mit vollem Einsatz für einen Erfolg gearbeitet hat. Dafür hat sie von
808 Bundeskanzler Merz statt Engagement nur Spott geerntet.

809
810 Gerade nach dem Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen muss Europa sich
811 an die Spitze der Willigen stellen und alle zusammenbringen, die die Chancen der
812 Erneuerbaren erkannt haben und zugleich in internationale Klimafinanzierung
813 investieren wollen. Auch China als größter CO₂-Emittent der Erde wird weiter
814 eine zentrale Rolle in der Klimapolitik spielen und sollte mit Europa das
815 Interesse teilen, Milliarden an fossilen Energieimporten einzusparen.

816
817 Eine Regierung, die zu Hause weiterhin auf fossile Gaskessel setzt und den
818 Umstieg auf E-Autos auf die lange Bank schiebt, kann auf der Weltbühne nicht
819 glaubwürdig um mehr Klimaschutz verhandeln. Die Klimapolitik dieser
820 Bundesregierung ist scheinheilig: Sie bietet zwar Geld für den Regenwaldfonds
821 an, kürzt aber gleichzeitig drastisch die Entwicklungszusammenarbeit im
822 Bundeshaushalt. Damit verpasst sie auch die Chance, die geostrategische Lücke zu
823 nutzen, die der Rückzug der Trump-Regierung gerissen hat. Wir fordern die
824 Regierung Merz auf, jetzt mindestens ihre zugesagten 6 Milliarden Euro für die
825 internationale Klimafinanzierung einzuhalten und einen Fahrplan zur
826 Verdreifachung der deutschen Beiträge bis 2035 vorzulegen, wie im COP29-
827 Beschluss vereinbart. Sie muss dafür Klimapartnerschaften auf Augenhöhe
828 schließen und dabei jeweils die Stimmen der Zivilgesellschaft vor Ort –
829 insbesondere Indigene und vulnerable Gruppen – berücksichtigen.

830
831 Längst ist der Klimaschutz auch Teil des internationalen Rechts. Zahlreiche
832 Gerichtsentscheidungen, so bspw. des Europäischen Gerichtshofs für
833 Menschenrechte von 2024 und das Rechtsgutachten des internationalen Gerichtshofs
834 vom Juli 2025 haben unmissverständlich festgestellt: Staaten können für
835 unzureichende Klimaschutzmaßnahmen völkerrechtlich haftbar gemacht werden. Die
836 Kürzungen der Regierung Merz setzen Deutschland also auch handfesten
837 Haftungsrisiken aus. Diese Gerichtsurteile sind Spiegel einer sich veränderten
838 Rechtsprechung: Klimaschutz bedeutet auch der Schutz der Menschenwürde für alle,
839 für unsere Generation und die unserer Kinder.

840
841 Nur auf der Grundlage wissenschaftlicher Fakten kann die Klimakrise eingedämmt
842 werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang aller Menschen zu
843 wissenschaftsbasierten Informationen dauerhaft sichergestellt ist und für mehr
844 Ressourcen im Kampf gegen Desinformation und Wissenschaftsfeindlichkeit. Deshalb
845 wollen wir auch darauf hinwirken, dass laufende Ergebnisse der Klimaforschung
846 wie neue Erkenntnisse aus Klimamodellen, Publikationen der wissenschaftlichen
847 Vereinigungen oder die veröffentlichten IPCC-Berichte mit ihren
848 Entwicklungspfaden und verschiedenen Worst-case- und Best-case-Szenarien für

849 noch mehr Menschen verständlich und in ihren realen Folgen für die menschliche
850 Zivilisation greifbar gemacht werden. Dabei stellen wir auch immer wieder
851 heraus, welche Chancen sozial gerechter Klimaschutz und sozial gerechte
852 Klimaanpassung für unsere Gesellschaft bringen.

853
854 Zudem erfordert die Klimakrise ein Umdenken auch in unserem Verständnis von
855 Sicherheit. Die internationale Dimension der Klimakrise zeigt sich auch an den
856 vielseitigen Sicherheitsrisiken, wie z.B. Dürren oder Überschwemmungen. Deswegen
857 muss der Klimaschutz ein fester Bestandteil des erweiterten Sicherheitsbegriffs
858 sein. Dieser erweiterte Sicherheitsbegriff soll für das Regierungs- und
859 Verwaltungshandelns auf allen Ebenen Grundlage sein und in aktives Handeln
860 umgesetzt werden. Dazu gehört, dass in allen relevanten Politikfeldern, von der
861 Versorgungssicherheit bis zum Schutz kritischer Infrastrukturen die spezifischen
862 Gefährdungen durch die Klimakrise systematisch identifiziert und bewertet
863 werden. Die Sicherheit jedes Einzelnen steht im Zentrum unserer
864 Sicherheitspolitik.

865
866 Die Klimakrise ist längst an vielen Orten Realität und zwingt bereits heute
867 Menschen zum Verlassen von ihrem Zuhause. Die westlichen Industriestaaten sind
868 historisch die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase und tragen
869 besondere Verantwortung. Auch neue große Emittenten müssen ihren Beitrag
870 leisten. Gemeinsam mit den betroffenen Staaten wollen wir Maßnahmen zur
871 Klimaanpassung und klimabedingten Migration und Flucht ergreifen, damit Menschen
872 geschützt werden können. Sie dürfen nicht in eine Schutzlücke geraten.
873 Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus.

874 Das fossile Zeitalter geht trotz allem Aufbüumen von Gas-Lobby, Autokraten wie
875 Trump und Agressoren wie Putin unwiederruflich zu Ende. Die Erneuerbaren brechen
876 einen Rekord nach dem anderen. Sie bringen Energie und Unabhängigkeit global in
877 kleinste, wenig erschlossene Orte. Genauso machen sie England, das Land der
878 ersten Dampfmaschine, frei von Kohlekraft. Europa wächst durch grüne Energien
879 zusammen, Strom kennt keine Grenzen. Wo AKWs am leeren Flussbett dursten, ist
880 grüne Energie stabil. Erneuerbare sind Freiheitsenergien.